

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 24. Juni 1988

Blatt 1252

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bürgermeister Zilk begrüßt den Papst in Wien (1253/FS: 23.6.)
- Täglich Fahrten ins Grüne (1255)
- 71 116 — neue Telefonnummer des Marktamtes (1255)
- Josefstadt erhält „Max-Böhm-Hof“ (1256)
- Mayr: Kauer gefällt sich als Kontrollor der Kontrolleure (1257)
- Wiener Landtag (1258)
- Wiener Gemeinderat (1258-1266)
- Größere Durchfahrtshöhe für Unterführung Stadionbrücke (nur FS)
- „J“ abends eingestellt (nur FS)
- Straßenkehrer entdeckte Handgranate (nur FS)

Wirtschaft:

- AdöG-Tagung setzte neue Akzente (1254)

Bürgermeister Zilk begrüßt den Papst in Wien

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte am Donnerstag das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II, in der Bundeshauptstadt. Der Papst hatte auf dem Weg vom Flughafen Schwechat zum Wiener Stephansdom einen kurzen Aufenthalt auf der Marienbrücke genommen. Dort erwarteten Bürgermeister Zilk und Mitglieder der Wiener Landesregierung den Gast, der sich auch in das Goldene Buch der Stadt Wien eintrug. (Schluß) fk/rr

Bereits am 23. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!



AdöG-Tagung setzte neue Akzente

Wien, 24.6. (RK-WIRTSCHAFT) Von der schon traditionellen Ruster Tagung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft (AdöG), die in dieser Woche unter dem Generalthema „Wissenschaft und Gemeinwirtschaft“ abgehalten wurde, gingen deutliche Signale aus, die der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Dipl.-Vw. Herbert TIEBER so formulierte: „Diese Tagung soll ein Anstoß für neue Initiativen sein, die Zeit für eine neue Offensive der Gemeinwirtschaft ist da, um von einer defensiven Position wegzukommen. Das sollte zu einer Bewußtseinsbildung auf allen Ebenen führen, bei den Mitarbeitern ebenso wie bei den Politikern.“

Eine wesentliche Hilfe dabei wird die von Tieber angekündigte Erarbeitung einer neuen Formel für den Begriff „Gemeinwirtschaft“ sein, die im kommenden Herbst durch den bei der Tagung neu konstituierten Wissenschaftlichen Beirat der AdöG unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. Walter FREMUTH erfolgen soll.

Übereinstimmung herrschte bei den Diskussionsteilnehmern — der Bogen spannte sich von Universitätsprofessoren über Verantwortliche für kommunale Betriebe bis zu Direktoren verstaatlichter Unternehmungen — darüber, daß die Gemeinwirtschaft als großes Ganzes zu betrachten sei, wobei die Notwendigkeit einer neuen Standortbestimmung anerkannt wurde, nicht zuletzt im Hinblick auf das zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft bestehende Spannungsfeld. Vermieden werden sollte ein Auseinanderdriften, auch wenn etwa bei kommunalen Versorgungseinrichtungen andere Kriterien wirken als bei Bereichen, die sich in zunehmendem Maße „am Markt“ orientieren müßten.

Welches wirtschaftliche Potential insgesamt in diesem Bereich zusammengefaßt ist, bringen einige Zahlen am deutlichsten zum Ausdruck: über 490.000 Beschäftigte in rund 4.500 Betrieben mit einem Bruttoproduktionswert von 665 Milliarden Schilling jährlich stellen ein Drittel der gesamten Wirtschaft dar. (Schluß) pz/gg

Täglich Fahrten ins Grüne

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auch im Juli und August 1988 führt die Stadt Wien im Rahmen der Seniorenbetreuung wieder Fahrten ins Grüne durch. Jeweils Montag bis Freitag können Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher der grünärmeren Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 täglich Fahrten zu am Stadtrand gelegenen Erholungsgebieten machen. Teilnehmerkarten für diese im Rahmen der Seniorenbetreuung schon traditionelle Ausflugsaktion können im zuständigen Sozialreferat des Wohnbezirkes gelöst werden. Karten, die bereits in den Vorjahren gelöst wurden, behalten auch 1988 ihre Gültigkeit.

Die Ausflügler werden von geschultem Begleitpersonal betreut. Die Halbtagsfahrten dauern jeweils von 13.30 bis 18 Uhr. Die Abfahrtsstellen für die Fahrten ins Grüne sind:

- 1, Schwertgasse/Wipplingerstraße
 - 4, Favoritenstraße 18
 - 5, Rechte Wienzeile 107
 - 6, Amerlingstraße 11
 - 7, Hermannngasse 24
 - 8, Schlesingerplatz 4
 - 9, Währinger Straße 43.
- (Schluß) jel/gg

71 116 - neue Telefonnummer des Marktamtes

Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Das Marktamt — MA 59 — ist ab Montag unter einer neuen Telefonnummer erreichbar. Diese lautet 71 116. Die Klappen bleiben unverändert. (Schluß) red/rr

Josefstadt erhält „Max-Böhm-Hof“

Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Nach dem bekannten Schauspieler und Kabarettisten Max BÖHM wird morgen, Samstag, ein Wohnhausneubau der Gemeinde Wien benannt werden. Mit dem „Max-Böhm-Hof“ in der Tigergasse 22 wurde nach 27jähriger Unterbrechung wieder ein Gemeindeneubau in der Josefstadt errichtet.

Max Böhm wurde am 23.8.1916 in Wien geboren und war seit seiner frühesten Jugend mit dem Theater verbunden. Bekannt wurde er als Schauspieler, Kabarettist, aber auch als Textautor, Regisseur und Conferencier, vor allem aber durch eine 20jährige Zusammenarbeit mit Karl Farkas. Max Böhm arbeitete in den letzten Jahren seines Lebens viel am Theater in der Josefstadt. Er war Träger der Goldenen Ehrenmedaille der Stadt Wien. Max Böhm starb am 30.6.1982 im 66. Lebensjahr.

Das Wohnhaus in der Tigergasse 22 umfaßt 26 Wohnungen in sechs Hauptgeschoßen sowie eine Tiefgarage für 18 PKW. Die Planung stammt von der Architektin Eva WEIL. Die Mieter konnten bereits bei der Grundrißgestaltung sowie bei der Ausstattung ihrer Wohnungen mitbestimmen. Das Wohnhaus wurde zwischen August 1986 und Mai 1988 durch die Firma WIBEBA als Generalunternehmer errichtet. Die Bauführung war durch Anrainereinsprüche und komplizierte Fundamentierungen sehr schwierig. Für die Beheizung und Warmwasserbereitung wird Fernwärme genutzt. Die umfangreiche künstlerische Gestaltung der Eingangshalle und der Straßenfassade stammt von Johann JASCHA. Besondere Wohnqualität soll durch die Gestaltung des „Tigerparks“ in unmittelbarer Nähe des Hauses entstehen. Die Gesamtbaukosten betragen 36,6 Millionen Schilling.

Die Benennung der Wohnhausanlage wird Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER um 10 Uhr vornehmen. (Schluß) ah/gg

Mayr: Kauer gefällt sich als Kontrollor der Kontrolleure

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Ich nehme die Sachverhaltsdarstellung des ÖVP-Gemeinderates Mag. KAUER mit Gelassenheit auf, denn für mich ist nicht Mag. Kauer, sondern das Wiener Kontrollamt das berufene Kontrollorgan der Stadt Wien, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Das Wiener Kontrollamt habe die Vorfälle um das Wiener Stadion penibelst geprüft und daraus andere Schlüsse gezogen als Mag. Kauer. Kauer gefalle sich offensichtlich in der Rolle des nachkontrollierenden Kontrollors, er habe allerdings in dieser Rolle schon einmal — bei den Vorfällen um das Kurbad Oberlaa — Schiffbruch erlitten.

Drei Dinge seien jedoch festzuhalten:

- Nicht der Finanzstadtrat, sondern die zuständige Fachabteilung habe eine Sachkreditserhöhung zu beantragen — die Kritik des Kontrollamts richtete sich daher auch gegen die Vorgangsweise der Abteilung;
- der formelle Fehler der Fachabteilung führte zu keinem Schaden von 216 Millionen — die Behauptung Kauers stehe im Gegensatz zu den Fakten des Kontrollamtsberichts;
- Bürgermeister Dr. Helmut ZILK habe bei den Stadionvorfällen keine Strafanzeige gemacht, sondern dem Staatsanwalt den Kontrollamtsbericht zugeleitet.

Der vom Wiener Kontrollamt kritisierte Betrag — rund 20 Millionen — ist noch immer hoch genug, man solle ihn aber nicht gewaltsam auf über 200 Millionen hinauftreiben, betonte Mayr. Man sei derzeit dabei, möglichst viel von diesem Geld über die Wiener Holding auf dem Rechtswege von den betroffenen Firmen zurückzubekommen, erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/rr

Wiener Landtag

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Freitag um 9 Uhr unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten, Ing. Fritz HOFMANN, zu seiner siebenten Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammen.

Die Anwendung des Unvereinbarkeitsgesetzes für die laufende Wahlperiode wurde einstimmig angenommen. Eine Novelle zum Wasserversorgungsgesetz 1960 wurde in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. Die Novellen zum Wiener Krankenanstaltengesetz und zur Wiener Landarbeitsordnung wurden in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. Ebenso wurde der Naturschutzbericht 1987 von allen Parteien zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Sitzung des Landtages endete um 9.30 Uhr. (Schluß) fk/rr

Wiener Gemeinderat

Verkehr und Energie

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend setzte der Gemeinderat seine am Vortag unterbrochene Debatte über den Rechnungsabschluß 1987 fort.

GR. PRINZ (FPÖ) forderte für den Weiterbau der Südost-Tangente eine Führung entlang der Ostbahn. Generell seien Straßenführungen durch bestehende Siedlungsgebiete, wie es in der Donaustadt geplant sei, zu vermeiden. Prinz sprach sich für Tempo 30 in Wohngebieten aus, ein generelles Nachttempo 30 sei jedoch nicht sinnvoll. Weiters forderte er eine bessere Überwachung der Kurzparkzonen und eine Verbesserung der Möglichkeiten und Abwicklungsmodalitäten für den Bau geförderter Garagen. Diesbezüglich brachte er einen ANTRAG ein. In bezug auf den U-Bahn-Bau forderte der Redner Verlängerungen der vorhandenen und auch der geplanten Linien, um damit die einpendelnden Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen.

Auf zwei Punkte, die im Budget 1987 vorgesehen waren, nun aber mit einem Nullabschluß bilanziert hätten, ging GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) ein. Es handle sich dabei um die Verlängerung der U 6 nach Siebenhirten, deren Planung im Einvernehmen mit den Bezirken erstellt wurde, deren Realisierung beim Bund aber immer noch nicht durchgesetzt werden konnte. Um den vorgeschriebenen Betrag von 1,2 Milliarden sei eine sinnvolle, verkehrstechnisch gute Lösung nicht durchführbar. Die Sparvariante finde das Einverständnis der Bezirke nicht. Ebenso wenig Fortschritte gebe es bei den geplanten Straßenbaumaßnahmen im Bereich des Schwarzenbergplatzes. Es sei aber zu hoffen, sagte Regler, daß in Zusammenarbeit mit dem Planungsressort nun eine rasche Lösung gefunden werden könne.

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) hielt ihren Vorrednern entgegen, es sei nicht sehr leicht, Garagenbauer zu finden, die bereit sind, gegen geringes Entgelt zu vermieten. Dazu kommt, daß auch die Autobesitzer nur ungern für das Abstellen ihres Fahrzeuges zahlen.

Josefa Tomsik gab dann einen Überblick über die Geschichte des Wiener U-Bahn-Baus und dessen Impulse für Arbeitsmarkt und Wirtschaft, für die Archäologie und den Denkmalschutz. Die U-Bahn sei auch ein Beitrag zum Umweltschutz, weil sie Autofahrer bewege, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Abschließend unterstützte Tomsik die Initiative des Bürgermeisters zum Langsamfahren während der Nachtstunden als Beitrag zur Verkehrssicherheit. Die Stadtverwaltung habe es durch verschie-

dene Maßnahmen erreicht, daß die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten und getöteten Personen gesenkt werden konnte.

StR. HATZL sprach in seiner Wortmeldung einige konkrete Punkte an:

Garagenbau: Es sei nicht immer leicht, im dichtverbauten Gebiet geeignete Grundstücke und die Zustimmung der Bürger zu einem neuen Garagenprojekt zu finden. Beim Westbahnhof gebe es Überlegungen, den Stadtbahnbereich in eine Garagenlösung einzubeziehen. Bei der Johnstraße werde im Zuge des U-Bahn-Baues eine Garage errichtet, die Frage des Betreibers sei noch nicht geklärt.

Eine Ausweitung der Vorortelinie in beiden Richtungen sei verkehrs- und umweltpolitisch wirksamer als nur die Schaffung von Stellplätzen bei der U 3 in Ottakring. Im Rahmen des Verkehrsverbundes müsse man generell Möglichkeiten schaffen, die bewirken, daß Pendler durchgehend öffentliche Verkehrsmittel benutzen können.

Am Schöpfwerk sei im Bereich der Verlängerung der U 6 nach Siebenhirten nun die Entscheidung gefallen, keinen Schranken, sondern eine Überführung für die U 6 zu errichten.

Das Projekt der Garage am Schwarzenbergplatz werde immer realistischer. Dieses Großprojekt werde mit einer Umgestaltung des Schwarzenbergplatzes in Verbindung stehen, wobei auch eine Anbindung der Linie „71“ an die U 1 überlegt wird.

Die Bauarbeiten an der A 22 gehen zügig voran. Am 28./29. Juni wird ein weiterer Abschnitt der A 22 provisorisch eröffnet. Außerdem werden am 1. Juli aller Voraussicht nach alle Fahrspuren des Brückenobjektes Klosterneuburger Straße freigegeben.

Rechnungsabschluß 1987 angenommen

In einem kurzen Schlußwort dankte Finanzstadtrat MAYR den Debattenrednern für ihre Beiträge und empfahl die Zuweisung der 18 während der Debatte eingebrachten Anträge.

Der Rechnungsabschluß 1987 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, das Inventar mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ. Die 18 Anträge wurden einstimmig zugewiesen.

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

Stadtrat HATZL (SPÖ) verwies als Berichterstatter darauf, daß die Wiener Stadtwerke zu den größten Kundendienstunternehmen zählen und das größte kommunale Unternehmen Österreichs seien. Das Rechnungsjahr 1987 war gekennzeichnet durch eine deutlich gestiegene Energieabgabe. Beim Strom gab es einen Zuwachs von fünf Prozent, beim Gas sechs Prozent und bei der Fernwärme 17 Prozent. Hatzl betonte, daß das Umweltprogramm fortgesetzt werde. Die Wiener Stadtwerke haben 1987 mehr als eine halbe Milliarde Schilling für den Umweltschutz ausgegeben. Eine interdisziplinäre Studie des Wissenschaftsministeriums zeige, daß das Wiener Energiekonzept richtig sei. Er habe nun die zweite Fortschreibung des Energiekonzeptes in Auftrag gegeben. Damit soll eine Basis für die Wiener Energiepolitik bis zum Ende des Jahrtausends geschaffen werden. Auch die Energieberatung hat sich bewährt.

Die Versorgungssicherheit mit Energie muß in den kommenden Jahren auch weiter gesichert sein. Die technischen Einrichtungen sind mit sicherlich hohen Investitionen auf dem letzten Stand zu halten. Als Zielorientierungen seiner Politik nannte Hatzl Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz sowie moderne und kundenfreundliche Energietarife. Im Bereich der Verkehrspolitik sind die Fortsetzung des Ausbauprogrammes der U-Bahn und das Beschleunigungsprogramm für den öffentlichen Verkehr die wesentlichen Schwerpunkte.

Forts. von Blatt 1258

Forts. auf Blatt 1260

GR. ZEIHSEL (FPÖ) kritisierte die zögernde Weitergabe der gesunkenen Energierohstoffpreise, die nicht nachvollziehbare Kalkulation und den Nettajahresgewinn der E-Werke von 273 Millionen Schilling. Es könne nicht Aufgabe eines kommunalen Monopolbetriebes wie der E-Werke sein, Gewinne auf Kosten der Stromabnehmer zu erwirtschaften. Zu den Verkehrsbetrieben sagte Zeihsel, die Beschleunigungsmaßnahmen der öffentlichen Verkehrsmittel ließen zu wünschen übrig, zu die Attraktivität zu steigern, müsse man an Intervallverkürzungen, mehr Fahrgastinformation, einer Intensivierung des Nachtverkehrs sowie an behindertengerechter Ausstattung arbeiten. Zeihsel forderte die Einrichtung einer U-Bahn-Polizei.

GR. STRATIL (ÖVP) kritisierte die Wirtschaftspolitik der Wiener Stadtwerke als konsumentenfeindlich. Tatsächlich vorhandene Gewinne würden nicht oder nicht in ganzer Höhe ausgewiesen, Rohstoffe undurchschaubar verwertet und Preisvorteile, die aufgrund der tatsächlichen Zahlen an die Konsumenten weitergegeben werden müßten, eben nicht für diese lukriert. Insgesamt habe man im Rechnungsabschluß 1987 Gewinne von 3.550 Millionen Schilling auf Verluste von 68,5 Millionen heruntergerechnet.

Stratil regte mit einem BESCHLUSSANTRAG an, von der Verbundgesellschaft in den wasserreichen Monaten Billigstrom zu erwerben, um über die Verminderung des finanziellen Aufwandes eine Senkung des Abnehmerpreises zu erreichen und durch die Reduzierung der Eigenproduktion die Schadstoffe zu verringern.

Im Zug seiner Kritik an der von den Wiener Stadtwerken an die Hoheitsverwaltung zu zahlenden Gebrauchsabgabe, die lediglich eine verdeckte Gewinnabschöpfung darstelle, forderte Stratil in einem weiteren BESCHLUSSANTRAG die Aufhebung dieser Steuer für die Wiener Stadtwerke.

Positiv bewertete der Redner die Investitionen von 490 Millionen Schilling für Umweltverbesserungen und das neue Tarifmodell der E-Werke.

GR. DAMPIER (SPÖ) wandte sich gegen den Vorwurf der ÖVP, die Stadtwerke würden eine Hochpreispolitik verfolgen, vielmehr gebe es immer wieder Preissenkungen. Die Stadtwerke sind ein bedeutender Faktor für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt, sagte Dampier, und berichtete, daß 15.561 Aktive und 379 Lehrlinge bei den Stadtwerken beschäftigt sind. E-Werke und Gaswerke haben Vorkehrungen getroffen, um bei Krisen für mehrere Monate autark zu sein. Aus der Kraft-Wärme-Kupplung stammt ein Drittel der Wiener Fernwärme. Dampier verwies auf die Umweltinvestitionen der Stadtwerke, wie beispielsweise den Flüssiggasbetrieb und Katalysatoreinbau bei Autobussen. Eine Verlängerung der U 1 nach Norden strebe auch er als Donaustädter Mandatar an, fügte Dampier hinzu, doch müsse man als Vertreter der Mehrheitsfraktion seine Forderungen unter dem Blickwinkel der gesamten Budgetsituation formulieren.

GR. NETTIG (ÖVP) verlangte im Sinne einer besseren Koordination und Vereinfachung vieler Tätigkeiten die Wiedereingliederung der Heizbetriebe in die Wiener Stadtwerke. Derzeit sei es so, daß der Gemeinderat zwar den Wiener Strompreis, nicht aber den Fernwärmepreis beschließen könne. Die Heizbetriebe sollten daher in ein städtisches Unternehmen umgewandelt werden, um Reklamationen der Kunden und eine Transparenz der Preise zu gewährleisten. GR. Nettig brachte einen entsprechenden BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein.

GR. HUMMEL (SPÖ) meinte, daß er die Berechnungen von GR. Stratil nicht nachvollziehen könne. Darüber hinaus gebe es Kontrollmöglichkeiten hinsichtlich der Fernwärmepreisgestaltung der Heizbetriebe. Hummel wies darauf hin, daß durch einen gesunkenen Energiebedarf im ersten Quartal des Jahres 1988, insbesondere bei Erdgas, mit einem Ein-

Forts. von Blatt 1259

Forts. auf Blatt 1261

nahmenminus gegenüber dem Wirtschaftsplan zu rechnen sei. Er unterstrich die beträchtlichen Investitionen der Wiener Stadtwerke, insbesondere auch im Umweltschutzbereich. Die Nutznießer all dieser Investitionen seien zum Großteil Wiener Betriebe, darunter vor allem die Elektro-, die Maschinen- und die Bauindustrie.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) kritisierte die Defizite der Friedhofgärtnerei und der Steinmetzwerkstätte, die seit Jahren gleichbleibend hoch sind. Er sehe nicht ein, daß die Stadt Wien die Gärtnerei mit einer nur 60prozentigen Kostendeckung betreibe, und der Steuerzahler die Verluste abdecken müsse. Auch bei der gemeindeeigenen Sargtischlerei hätten sich 1987 Probleme abgezeichnet. Haubenburger stellte den **BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG**, daß die Friedhofsgärtnerei, die Steinmetzwerkstätte und die Sargtischlerei privatisiert werden mögen. Bezüglich der dort tätigen Bediensteten sei es zweifellos leicht möglich, diese in der Privatwirtschaft unterzubringen.

StR. HATZL (SPÖ) stellte sich auf den Standpunkt, daß eine 100prozentige Kostendeckung bei Gärtnerei und Steinmetzwerkstätte bedeuten würde, daß die Konsumenten nicht nur für die erbrachte Leistung, sondern auch für andere Tätigkeiten dieser Betriebe mitzahlen müßten. Das sei nicht sinnvoll. Dennoch könne er sich eine Anhebung der Tarife in vertretbarem Ausmaß vorstellen. Bei der Sargtischlerei habe sich 1988 die Situation durch Aufträge, die durch öffentliche Ausschreibungen zustande gekommen sind, gebessert.

Zum Verhalten mancher U-Bahn-Benützer meinte Hatzl, ein Erziehungsprozeß müsse das Bewußtsein schaffen, daß öffentliches Gut verantwortungsbewußt zu nutzen sei. Dieser Erziehungsprozeß könne nicht mit den Mitteln der Polizeigewalt durchgeführt werden.

Zur Frage der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch Rollstuhlfahrer warnte Hatzl eindringlich vor billiger Polemik und stellte den Sicherheitsaspekt in den Vordergrund. Besonders in Autobussen und U-Bahnen könne bei Bremsmanövern ein Rollstuhl nicht ausreichend gesichert werden. Eine behindertengerechte Adaptierung von Haltestellen und Verkehrsmitteln scheitere nicht an finanziellen Fragen, die Behindertenorganisationen seien aber in erster Linie am Ausbau und der Verbesserung des Fahrtendienstes interessiert, da dies ihren Bedürfnissen eher entspreche.

Zur Forderung der ÖVP, die Pensionslasten der Energieunternehmen sollen vom Magistrat getragen werden, rechnete Hatzl vor, daß dies bedeuten würde, daß nurmehr ein Drittel der Investitionen der Stadt Wien insgesamt getätigt werden könnte. Dieser ÖVP-Vorschlag sei daher ein „ungeheurer Anschlag“ gegen die wirtschaftlichen Interessen und die Beschäftigungslage dieser Stadt.

Als bemerkenswert bezeichnete Hatzl die Forderung der ÖVP, die HBW stärker von der Hoheitsverwaltung und vom Gemeinderat kontrollieren zu lassen. Angesichts der laufenden Forderung nach Privatisierung sei es erstaunlich, daß im konkreten Fall die Kontrolle durch Geschäftsführung und Aufsichtsrat als nicht ausreichend empfunden werde. Abschließend bekannte sich Hatzl zur Müllverbrennung und meinte, daß ein „Ausführen“ des Mülls ja wohl keine Lösung sein könne.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1987 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kontrollamtsbericht 1987

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) legte als Berichterstatter den Kontrollamtsbericht 1987 vor. Dieser umfaßt 162 Prüfberichte, die der Kontrollausschuß in mehreren Sitzungen behandelt hat. Damit sei die hohe fachliche Kompetenz der Mitarbeiter des Kontrollamtes bewiesen, sagte Regler. Die beabsichtigte Privatisierung der Wiener Holding werde Probleme für das

Forts. von Blatt 1260

Forts. auf Blatt 1262

Kontrollamt bringen; es sei fraglich, ob das Kontrollamt bzw. der Kontrollausschuß berechtigt seien, Firmen zu prüfen, die sich nur mehr zu 40 Prozent im Eigentum der Stadt Wien befinden. Regler meinte, daß eine Lösung gefunden werden müsse, damit auch weiterhin derartige Beteiligungsverhältnisse in die Prüfkompetenz des Kontrollamtes fallen. An einigen Beispielen des Kontrollamtsberichtes und der Tätigkeit des Kontrollamtes, z. B. Stadionbau, Zentrum Meidlinger Hauptstraße, Fertigteilbau, Edition Wien, Wintersportgala und Schülerjauseverrechnung, zeigte Regler das erfolgreiche Wirken des Kontrollamtes auf. Positiv wertete Regler den neuen Abschnitt II des Kontrollamtsberichtes, der die innerhalb von drei Monaten nach Beendigung einer Prüfung abzugebende Äußerung der geprüften Stelle über die getroffenen Maßnahmen enthält. Damit, so Regler, sei die Chance gegeben, daß die Prüfberichte des Kontrollamtes auch Konsequenzen nach sich ziehen und Fehlleistungen sich nicht wiederholen.

Regler bedauerte, daß im Kontrollausschuß von den sieben Anträgen, die seitens der Opposition eingebracht worden sind, vier Anträge von der Mehrheit abgelehnt worden sind.

Man sei sich einig, sagte StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), daß Vertrauen gut, Kontrolle aber besser sei. Unterschiedliche Auffassungen gebe es allerdings dabei, wie und was kontrolliert werden solle. Als Beispiel dafür nannte Pawkowicz die Wohnbauwirtschaft, die zu einem großen Teil öffentliche Förderungsmittel in Anspruch nehme und sich dementsprechend auch einer freiwilligen Kontrolle unterziehen sollte. Zur Arbeit des Kontrollamtes regte Pawkowicz weiter an, man möge auch Positives aufzeigen. Kontrolle solle nicht demotivieren bzw. die Entscheidungsfreude beeinträchtigen, sondern auch eine notwendige und nützliche Motivation ausüben. Das Kontrollamt habe in umfassender Weise seine Prüfaufgaben wahrgenommen und zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung gemacht, wobei wichtig sei, schloß Pawkowicz, daß die Folgemaßnahmen nachgeprüft würden.

GR. Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP) betonte die Bedeutung der Kontrolle für die kommunale Arbeit. König führte eine Reihe von Beispielen an, bei denen die Arbeit des Kontrollamtes Mängel aufgezeigt habe und nannte dabei auch die Vergabe eines Auftrages von Personalcomputern, die nicht nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgt sei. In diesem Zusammenhang schlug er vor, das Kontrollamt solle bei der Vergabe der EDV für das AKH bereits im vornhinein tätig werden, um eine optimale Abwicklung zu garantieren. König schlug schließlich vor, einen Vertreter der jeweils stärksten Oppositionspartei zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses zu wählen und forderte mehr Liberalität bei Oppositionsanträgen zur Kontrolle.

GR. WIMMER (SPÖ) bezeichnete den Kontrollamtsbericht als Nachweis für die umfangreiche und wichtige Tätigkeit des Kontrollamtes und des Kontrollausschusses. Ziele der jeweiligen Kritik seien immer wieder die Verbesserung der Arbeit im Dienste der Kommune und die Reduktion der angesichts der großen Aufgaben immer wieder auftretenden Fehler auf ein Minimum. Zum Vorschlag der Kontrolle von Firmen, die öffentliche Mittel in Anspruch nehmen, sagte Wimmer, daß er dafür sei, jedoch sollten wirklich alle Firmen geprüft werden können. Zur Bemerkung von GR. König bezüglich des Ankaufs von Computern bemerkte er, daß es hier keine den ursprünglichen Vermutungen der ÖVP entsprechende Vorkommnisse gegeben habe. Generell solle die Arbeit des Kontrollamtes nicht für parteipolitische Zwecke genützt werden, sondern zu einer noch besseren, effizienteren, bürgernahen Verwaltung beitragen.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Forts. von Blatt 1261

Forts. auf Blatt 1263

Flächenwidmung Maurer-Lange-Gasse

GR. GAAL (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet an der Maurer-Lange-Gasse in Liesing zugunsten einer Wohnbebauung.

GR. PRINZ (FPÖ) wies darauf hin, daß die Liesinger Bezirksvertretung einstimmig für eine Grünwidmung eingetreten sei. Dieser Beschluß hatte zum Ziel, daß die Rodauer Straße nicht verlängert wird und daß sowohl der Wald an der Kaserngasse wie das Schlössl erhalten bleiben. Die FPÖ kann daher einer Änderung des Flächenwidmungsplanes nicht zustimmen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) wies darauf hin, daß dieses Grundstück des Bundes jahrelang ungenützt blieb, bis plötzlich der Vorschlag einer Wohnbebauung auftauchte. Die Errichtung von 300 Wohnungen würde aber unlösbare Verkehrsprobleme verursachen. Auch Mayr wies auf den einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung hin, dieses Grüengebiet zu erhalten. Er kritisierte auch die Vorgangsweise, wonach „beim Heurigen“ die Entscheidung zugunsten einer Bebauung durch die Stadtplanungsverantwortlichen getroffen worden sei. Auch die ÖVP ist daher gegen diesen Antrag.

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte sich mit der Vorgangsweise seines Amtsvorgängers einverstanden. Es werde daher zu einer Wohnbebauung kommen, allerdings nicht in der ursprünglich geplanten Form. Auch die Bürgerinitiative habe ihre Wünsche äußern können und sich sehr kompromißbereit gezeigt. Ein Erwerb des Grundstückes durch die Stadt Wien hätte 40 bis 50 Millionen Schilling gekostet.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sprach von einem „mißglückten Erbe“, das StR. Swoboda nun zu verwalten habe. Er sprach sich dagegen aus, daß in diesem Fall angebliche Stadtplanungsüberlegungen über lokale Interessen gestellt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Flächenwidmung in Hetzendorf

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hetzendorfer Straße, Jägerhausgasse, Marschallplatz, Hermann-Broch-Gasse und Boergasse im 12. Bezirk sowie die Festsetzung einer Schutzzone in einem Teil dieses Gebietes.

GR. PRINZ (FPÖ) forderte die Absetzung des Geschäftsstückes, da seiner Ansicht nach die Wünsche des Bezirkes nicht ausreichend diskutiert wurden.

GR. Mag. KARL (ÖVP) betonte, daß auch die ÖVP für eine Absetzung des Geschäftsstückes eintrete beziehungsweise andernfalls das Geschäftsstück ablehnen müsse. Das bedeute aber keine Ablehnung des Neubaus der Volksschule Hetzendorf. Seiner Ansicht nach seien die Entscheidungen nicht ausreichend vorbereitet worden, und Bürgermeister Zilk habe zwei Einspruchswerbern eine nochmalige Überprüfung zugesagt. Seine Einwände bezog Karl auf den Schulstandort, auf die unzulängliche Erfüllung von Wünschen des Bezirkes, auf die zu geringe Ausdehnung der Schutzzone und verschiedene Verkehrslösungen. Auch sei der Baumbestand gefährdet. Der Dorfcharakter in Hetzendorf müsse erhalten bleiben.

Bei der folgenden Abstimmung sprach sich die SPÖ für eine Weiterverhandlung des Geschäftsstückes aus.

GR. HUFNAGL (SPÖ) bezeichnete die Forderung nach Ausweitung der Schutzzone als unrealistisch und sagte, daß durch die vorgesehene Lösung

Forts. von Blatt 1262

Forts. auf Blatt 1264

neue Grünflächen geschaffen werden. Zur Frage der Schule vertrat er den Standpunkt, daß eine Sanierung der 120 Jahre alten Schule, die obendrein verkehrstechnisch ungünstig gelegen sei, wirtschaftlich nicht vertretbar sei. Sämtliche Alternativstandorte für den Neubau wurden seit 1985 ausreichend überprüft.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

Subventionen – Stadtkino und Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv

GR. SRAMEK (SPÖ) stellte den Antrag auf Subventionen im Gesamtausmaß von 20,4 Millionen Schilling für verschiedene Organisationen, darunter 2,3 Millionen für das Stadtkino und 400.000 Schilling für die Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv.

GR. PROCHASKA (ÖVP) sprach sich gegen die beiden zuletzt genannten Subventionen aus. Das Kontrollamt habe bescheinigt, daß beim Stadtkino größere Sparsamkeit nötig sei. Obwohl Bürgermeister Zilk bei der Gründung des Stadtkinos zugesichert hätte, daß nur die Investitionen, aber keine Subventionen nötig seien, habe das Wiener Stadtkino seit 1981 bereits mehr als 17 Millionen Subventionen benötigt. Prochaska wertete das auch als Scheitern der Philosophie des Stadtkinos. Die Subvention für die Bruno-Kreisky-Stiftung lehne die Volkspartei ab. Diese Stiftung sei mit dem Versprechen gegründet worden, daß sie der Öffentlichkeit nicht zur Last fallen werde.

GR. Dkfm. Dr. AINGER (SPÖ) sagte zur Subventionsliste, er als Vorsitzender des Kulturausschusses sei stolz darauf, daß der Anteil der Kulturausgaben höher sei, als es aus dem Ziffernmaterial des Kulturbudgets ersichtlich sei. Aigner zeigte sich enttäuscht darüber, daß die Volkspartei die beiden Subventionen ablehne. Er sage „Ja zum Stadtkino“, es sei eine wertvolle Einrichtung, und habe eine gute Auslastung. Die Mehrkosten für das Stadtkino ergeben sich unter anderem durch die Untertitelung bei fremdsprachigen Originalfilmen, durch manchmal kostspielige Retrospektiven und durch eine Förderung der Eintrittspreise. Die Subventionsmittel würden optimal eingesetzt. Die Kreisky-Stiftung besitze umfangreiches Schriftmaterial des ehemaligen Bundeskanzlers. Der Vorwurf der Parteilichkeit gehe ins Leere, so Aigner, da die Stadt Wien seit eh und je Institutionen unterschiedlichster Geisteshaltung unterstütze. Die SPÖ sei für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die FPÖ werde den Subventionsanträgen zustimmen. Das Stadtkino sei ein Beitrag zur Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen in der Großstadt, und Wien sei gut beraten, das Lebenswerk des Staatsmannes Bruno Kreisky — unabhängig von der politischen Position — zu dokumentieren.

ABSTIMMUNG: Die Subventionen für Stadtkino und Bruno-Kreisky-Stiftung wurden mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ, die übrigen Subventionen einstimmig beschlossen.

„Tanz mit den Tanz der Völker“

GR. HANKE (SPÖ) beantragte eine Ausfallshaftung in der Höhe von 250.000 Schilling für die Veranstaltung „Tanz mit den Tanz der Völker“.

GR. Dolores BAUER (ÖVP) bedankte sich im Namen aller Beteiligten an der Nord-Süd-Kampagne des Europarates für die Durchführung dieser Veranstaltung. Damit habe man eine Chance wahrgenommen, das Bewußtsein der europäischen Staaten für die Probleme, aber auch den kulturellen Reichtum der Dritten Welt zu öffnen. „Tanz mit den Tanz der Völker“ sei zu einer Gelegenheit zur Begegnung geworden und nicht nur zum Konsumieren einer Veranstaltung.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Forts. von Blatt 1263

Forts. auf Blatt 1265

Kanalbau

GR. REITER (SPÖ) beantragte die Erhöhung eines Sachkredites für den Kanalbau 23, Schellenseegasse — Pippichgasse — Auf der Schanz in Liesing von 9 auf 10,5 Millionen Schilling. Für das Jahr 1988 ist eine Baurate von 5,5 Millionen vorgesehen.

GR. CVETKOVIC (ÖVP) kritisierte, daß dieses Vorhaben durch bürokratische Versäumnisse verschleppt und auch um 2,4 Millionen Schilling verteuert worden sei.

GR. Erich HUBER (SPÖ) entgegnete, daß die Verzögerung ihre Ursache in einer Verkettung unglückseliger Umstände habe. Daran seien durchaus auch die teilnehmenden Firmen und der Wasserwirtschaftsfonds beteiligt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Verkauf des Palais Harrach

GR. FAYMANN (SPÖ) beantragte den Verkauf des Palais Harrach an die Oskar Josef Schmidt GmbH.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies auf die zur Zeit ungeklärte Rechtslage hin, da der frühere Interessent Baumeister Kallinger an dem Objekt Mietrechte erworben und Planungsleistungen erbracht hätte, die er nun gegenüber der Stadt Wien einklagen will. Weil also dieser Verkauf problematisch sei, wird ihm die FPÖ nicht zustimmen.

GR. PRAMEL (SPÖ) wies auf zahlreiche erfolgreiche Beispiele von Revitalisierungen wertvoller Baujuwelen hin. Die Erhaltung des Palais Harrach sei notwendig, und die Schmidt GmbH. scheine die Voraussetzungen dafür zu haben.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) erinnerte an den Verkauf des Palais an die GESIBA vor 13 Jahren und den notwendigen Rückkauf durch die Stadt Wien. Die Ankündigung des seinerzeitigen Kulturstadtrates Dr. ZILK, das Palais zu einer Galerie für Gegenwartskunst zu machen, wurde nicht verwirklicht. Es sei unkorrekt, dafür die ÖVP des 1. Bezirkes verantwortlich zu machen. Darüber hinaus sei der Verkaufsvertrag ein „wahrer Pfusch“. Der Käufer trage praktisch kein Risiko. Wien werde das Palais wieder zurückkaufen müssen, weil der Käufer seiner Renovierungspflicht innerhalb eines Jahres nicht nachkommen könne. Weil es sich um ein „klares Spekulantengeschäft“ handle, sollte der Akt abgesetzt werden.

GR. FAYMANN wies als Berichterstatter darauf hin, daß ein Rechtsgutachten das Klagebegehren des Dr. Kallinger als nicht gerechtfertigt ansehe. Darüber hinaus sei die Bonität des nunmehrigen Käufers gegeben und ein Wiederverkaufsrecht der Stadt Wien zum ursprünglichen Betrag gesichert.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

AKH-Schenkung

GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Schenkung einer 95.719 Quadratmeter großen Fläche des alten AKH-Geländes an die Universität Wien.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete diese Schenkung als einen bedeutsamen Schritt für die Zukunft unserer Stadt und als eine Festigung der Geltung Wiens als Universitätsstadt. Es sei zu hoffen, daß durch die Ansiedlung der Universitätseinrichtungen auf diesem Areal das Miteinander von Universität und Bevölkerung gefördert wird. Pawkowicz meinte, man müsse beim Bund anregen, daß dieser die Stadt bei der nächsten großen städtebaulichen Aufgabe, nämlich bei der Weltausstellung, unterstütze, zum Beispiel durch die Überlassung geeigneter Grundstücke.

Forts. von Blatt 1264

Forts. auf Blatt 1266

Forts. von Blatt 1265

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) begrüßte ebenfalls die Schenkung, bezeichnete es aber als „Schönheitsfehler“, daß es keinen Abtausch an Grundstücken mit dem Bund im Hinblick auf die Weltausstellung gegeben habe. Er bedauerte, daß es keinen städtebaulichen Wettbewerb gegeben habe. Seine Partei habe die Anrainer befragt und folgende Wünsche erheben können: weitestgehende Erhaltung und Revitalisierung, Erhaltung der Grünflächen, Innenhöfe, Gärten und Bäume, öffentliche Zugänglichkeit, gemischte Nutzung, Schaffung einer Infrastruktur und Erklärung zur Schutzzone. Da der Schenkungsvertrag ein relativ offener Vertrag sei, müsse der Bezirk laufend informiert und eingebunden werden. Hawlik bezeichnete die Schenkung als eine Chance für die Universität, für den Bezirk und für alle Wiener.

GR. LUSTIG (SPÖ) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Redner der beiden Oppositionsparteien so positiv zum vorliegenden Geschäftstück gesprochen haben. Auch er könne die Schaffung eines „Campus“ nur positiv bewerten. Nun werde die langjährige Forderung nach einer lebendigen Nutzung realisiert. Anhörung und Information des Bezirkes seien selbstverständlich notwendig. Da viele Universitätsinstitute in Wohnungen der Bezirke 1, 8 und 9 untergebracht sind, werde durch die zentrale Ansiedelung der Institute auf dem Areal des alten AKH Wohnraum für junge Familien frei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 17.20 Uhr. (Schluß) red